presse

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
AG Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Endlagerkommission macht Weg zu fairem und transparentem Verfahren frei

***Ute Vogt**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende;*
***Matthias Miersch**, Sprecher der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit:*

Die Endlagerkommission hat in ihrer letzten Sitzung ihren Bericht fertiggestellt. Dabei ist es gelungen, ein faires, gerechtes und transparentes Verfahren für die betroffene Bevölkerung zu verankern. Damit kann der notwendige Neustart bei der Endlagersuche beginnen.

„Nach einer 13-stündigen Marathonsitzung hat die Endlagerkommission in ihrer letzten Sitzung ihren Bericht fertiggestellt. In den Verhandlungen haben wir uns gemeinsam mit unseren Fraktionskollegen Hiltrud Lotze und Carsten Träger für die Verankerung eines fairen und transparenten Verfahrens für die betroffene Bevölkerung eingesetzt, das die Lasten und Pflichten gerecht verteilt. Dem sind wir mit dem Bericht der Endlagerkommission einen ganzen Schritt näher gekommen.

Die Auseinandersetzungen um Gorleben haben gezeigt, dass für die Suche nach einem Standort zur Endlagerung von hochradioaktiven Abfallstoffen ein Neustart notwendig ist. Dieser Neustart ist nun gelungen.

Bei der Bürgerbeteiligung und beim Rechtschutz haben wir viel erreicht, um das Verfahren offen und transparent zu gestalten und eine angemessene gesellschaftliche Partizipation zu ermöglichen. Dazu gehört neben der mehrmaligen rechtlichen Überprüfungsmöglichkeit insbesondere auch die vorzeitige Einsetzung des nationalen Begleitgremiums, die schon vergangene

IMPRESSUM
HERAUSGEBER CHRISTINE LAMBRECHT, MDB **REDAKTION** ALBRECHT VON WANGENHEIM
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGS FRAKTION

Woche im Bundestag beschlossen wurde. Das Gremium wird den Prozess aus gesellschaftlicher Perspektive unabhängig begleiten und einen Dialog auf Augenhöhe mit den handelnden Behörden ermöglichen.

Eine Auflösung des gesellschaftlichen Großkonflikts um den Standort Gorleben war leider im Konsens nicht möglich. Wir halten den Standort nach wie vor für politisch, wissenschaftlich und juristisch delegitimiert, wie wir es bereits im Untersuchungsausschuss Gorleben dargelegt hatten. Nach unserer Auffassung werden die beschlossenen Kriterien in einem fairen und transparenten Verfahren begründen, dass der Standort Gorleben als Endlager nicht in Frage kommt.“